

# Politischer Bericht des EBD-Präsidenten

EBD-Mitgliederversammlung, 29. Juni 2014

erstellt von: Generalsekretär

Sehr geehrter Herr Staatsminister,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär,  
sehr geehrte Mitglieder des Europaparlaments, des Bundestags und der Landtage,  
sehr geehrte Repräsentanten der Ministerien und der Europäischen Institutionen in Berlin,  
sehr geehrte Delegierte und Gäste unserer Mitgliedsorganisationen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem EBD-Vorstand,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die Krisen in und um Europa nehmen nicht ab. Auch in diesem Sommer können wir sagen: das letzte Jahr war kein gutes Jahr. Der Kontinent und seine Bewohner sind zutiefst verunsichert. Wir zaudern, hadern und sind froh, wenn der ein oder andere Politiker in stürmischer See Kurs hält. Aber im Allgemeinen schauen wir besser nicht genau auf die Krisen.

Als Netzwerk haben wir aber den Vorteil, dass wir viele unabhängige Einblicke bekommen. Das Mosaik, das die Stellungnahmen der EBD-Mitglieder bilden, bietet fortschreitend Ansichten und Einsichten. Der Vorstand greift darauf zurück und ordnet die europapolitische Willensbildung ein. Der Vorschlag zu den Politischen Forderungen 2015/16 ist ein Ausdruck dessen. Ich danke allen Beteiligten und freue mich auf die Diskussion und Kursbestimmung auf unserer Mitgliederversammlung.

Unsere Forderungen bilden einen tragfähigen Konsens. Einen Konsens, der kein Getöse ist, so wie man ihn in Talkshows oder im Wahlkampf braucht. Die EBD-Forderungen sind der größte gemeinsame Nenner unseres breit gefächerten Netzwerks. Wir geben Orientierung: Wir zeigen, wo sich weite Teile der deutschen Gesellschaft in der Europapolitik einig sind.

Einigkeit ist von zentraler Bedeutung, denn der Tanker Europa steuert nach wie vor durch schwere See. Fatal, wenn dann auf der Brücke Streit herrscht.

Die Hängepartie mit Griechenland ist auch heute nicht beendet. Wir hangeln uns von einer letzten Chance zur nächsten. Fest steht nur eines: Keiner kann Griechenland aus dem Euro drängen. Es wird ohne Athen keinen Grexit geben, weil ihm einstimmig zugestimmt werden müsste. Nur sagt das kaum jemand. Stattdessen gibt es - oft inszenierte - Blicke durchs Schlüsselloch zahlloser

Krisensitzungen, deren Wahrheitsgehalt sich kaum verifizieren lässt, da sie ja auch Teil einer Taktik sein können.

Verhandlungstaktik hinter verschlossenen Türen mag richtig sein. Wir befinden uns aber längst in einem europäischen öffentlichen Raum. Strategische Pläne von hohen Beamten werden immer häufiger zum von den Medien beschleunigten Bumerang, der populistische oder gar extremistische Parteien fördert. Auch deswegen steht die EBD für breiten Dialog und Kommunikation. Selbstverständlich mit einem "Ende der Diskussion" durch ebenso legitimierte wie mutige Entscheider.

Im vergangenen Jahr habe ich gefordert, dass die Troika aufgelöst wird. Denn für mich ist die Gemeinschaftsmethode der wichtigste Garant für den Zusammenhalt Europas. Und das bedeutet, dass sich nicht nur einzelne, oft bürokratische "Institutionen" - wie die Troika jetzt heißt - um die Problemlösung kümmern. Sondern wir brauchen dafür demokratisch legitimierte Organe, die für einen gesellschaftlichen politischen Dialog offen sind.

Es ist zudem wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, dass "die Institutionen" IWF, EZB und Kommission nur von deutschem und französischem Gnaden handeln. Es werden dieser Tage überhaupt viel zu viele schiefe nationale Bilder vermittelt. Wenn es einen Schuldenschnitt für Griechenland gäbe, müssten alle Gläubigerländer zahlen. Aber wo kommen diese in der deutschen Öffentlichkeit vor? Spricht irgendjemand von Italien oder Luxemburg? Davon hört man nichts, so, als ob es in der Debatte nur Paris und Berlin gäbe, mit einem störenden London dazwischen.

Der recht mutlose Bericht der 5 Präsidenten Europas zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion lässt uns derweil ratlos zurück. Man muss es neidlos anerkennen: Eine einzelne Regierung in London, die aufgrund des Mehrheitswahlsystems eine kleine anti-europäische Partei überproportional stark berücksichtigen muss, drückt uns mit taktischen Winkelzügen eine Debatte auf, die einer konstruktiven Lösung nicht dient. Die 5 Präsidenten haben die Debatte auf die Zeit nach dem britischen Referendum verschoben. Aber in welcher europäischen Demokratie leben wir denn, wenn eine überlebenswichtige Debatte für das Große Ganze geprägt wird vom taktischen Geschick und vom nationalem Medienspin einiger weniger Regierungen? So etwas spielt den euroskeptischen Populisten aufs Schönste in die Hände.

Ja, Europa ist in der Tat mehr als nur Berlin, London und Paris. Aber wahr ist auch: Viele kleinere Mitgliedsstaaten verstecken sich gerne hinter den drei Hauptstädten, insbesondere hinter einer "deutschen Führung". Das ist bequem - und kurzichtig. Wo bleiben eigentlich Initiativen und Allianzen des "mittleren" und "kleineren" Europa? Warum suchen die 25 übrigen Regierungen nicht Verbündetenstrategien unter Einschluss des Europäischen Parlaments und der Kommission? Sie müssen der europäischen Öffentlichkeit zeigen, dass Europa aus dem Schatten der großen, oftmals schwankenden, nationalen Riesen heraustreten kann. Ja - heraustreten muss angesichts der aktuellen Herausforderungen an allen Fronten.

In Schockstarre befinden wir uns angesichts des Krieges in der Ukraine. Fast scheint es, nach 23.000 Toten im Mittelmeer seit dem Jahr 2000 sind wir schon abgestumpft bei der Vorstellung des Todes im Osten. Immerhin kann die EU erstaunt feststellen: Auch zur Überraschung von Russland halten die Sanktionen gegen die völkerrechtswidrige Annexion von Gebieten. Aber wie soll es weitergehen? Wir können trotz der Forderung nach einer europäischen Armee keine Initiative für die Zukunft erkennen.

Unsäglich ist der Populismus vieler nationaler Regierungen gegen die Not der Menschen am Rande unseres Kontinentes. Ungarn scheint den einst mutig abgebauten "Eisernen Vorhang" nun gegen Serbien zu errichten. War er nur eingemottet? Hoffen wir, dass die Idee vom Grenzwall ganz schnell wieder in der Mottenkiste der Geschichte verschwindet! Denn jenseits des Gejohles der Populisten ist eine Entwicklung deutlich spürbar, die Mut macht: Sie sind noch da, die Europa-Enthusiasten! Beharrlich halten sie dagegen mit ihrer Vision von einem grenzenlosen, freien Kontinent mündiger Bürger. Wir haben sie erlebt, die Enthusiasten, etwa bei der Generationenkonferenz "WallFall25", als die Kommissionsvertretung und das EP-Informationsbüro in Deutschland Menschen der Jahrgänge 1989 und 1956 einlud, zum 25. Jahrestag des Mauerfalls nach Berlin zu kommen und darüber zu reden, wie sie sich "ihr Europa" vorstellen.

In unserem Netzwerk wird klar, dass die die meisten gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland dafür sind, Menschen in Not zu helfen und sie Willkommen zu heißen. Deutschland beweist immerhin gutes Mittelmaß bei der Flüchtlingshilfe. Aber es gab auch Zeiten, als die Bundesregierung gerechte Quotierungen, so wie sie Jean-Claude Juncker heute fordert, strickt abgelehnt hat. Kurzsichtigkeit von Regierungen führt zu kurzfristigen Lösungen. Dabei brauchen wir rund um das Todesmeer "Mare Nostrum" brauchen etwas anderes: Wirksame, nachhaltige Strategien, die Leben retten.

Der Europäische Rat, über dessen Ergebnisse wir gerade gesprochen haben, hat einmal mehr schmerzhaft gezeigt: Das Europa der Einzelkämpferstaaten gibt bei Krieg, Tod, Flucht und Vertreibung keine verbindliche zukunftsweisende Antwort.

Bei Gründung der Europäischen Bewegung 1948 war das noch anders! Es ist unsere Pflicht, daran wieder anzuknüpfen. Wir müssen die Mitgliedstaaten in die Pflicht nehmen!

Leider ist auch dort vieles nicht in Ordnung. Korruption, mangelnde Pressefreiheit, instabile Sozial- und Gesellschaftsmodelle sind in manchen Mitgliedstaaten weit verbreitet, national und lokal. Zuweilen schafft es die bloße Angst, echte und vermeintliche „Schutzsysteme“ zu erhalten, sie baut (neue) Mauern nicht nur in den Köpfen auf. Angst vor Zuwanderung, Angst vor Sozialdumping, aber auch vor Amerika. Wir sind zu einem furchtsamen Kontinent geworden.

Und dennoch. Es ist ein Segen, dass es die Europäische Union gibt! Wo wären wir ohne?

Bescheiden, aber mit großem Selbstvertrauen möchte die Europäische Bewegung dieses - unser! - Europa mit möglichst vielen vereinten Kräften zusammenhalten. Keine andere Organisation in Deutschland, aber auch europaweit ist so breit aufgestellt und sucht aktiv unterschiedliche Verbündete, um die Unsicherheit abzufedern. Das ist nicht immer einfach. Aber auch 2014/15 haben wir in der EBD unseren Beitrag geleistet. Wir wollen weiter den Kitt bilden zwischen den gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Kräften und den Zusammenhalt stärken, wenn wir für ein besseres Europa streiten!

Mitten in der Krisenstimmung zählt die EBD so viele Mitglieder wie nie zuvor: 245! Wir danken für das große Vertrauen in unsere Arbeit, aber auch in das grundsätzliche Vertrauen in das europäische Projekt.

Die EBD-Projekte können ebenfalls auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Wieder haben rund 80.000 Schülerinnen und Schüler am Europäischen Wettbewerb teilgenommen. Die

Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der deutschen Länder ist so eng wie nie zuvor. Die deutsche „Frau Europas“ war noch nie so jung und ist obendrein in unserem Vorstand aktiv.

Die über die EBD geförderten deutschen Stipendiaten am College of Europe bleiben ein wichtiger Teil der europäischen Expertenlandschaft. Unser größter Geldgeber bleibt hier das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Im europapolitischen Kerngeschäft waren wir im letzten Jahr Teil des wichtigen Review2014-Prozesses des Auswärtigen Amtes. Wir sind sehr erwartungsvoll in der Zusammenarbeit mit unserem institutionellen Partner, der Europaabteilung. Sie wird die von uns lang geforderte Public Diplomacy angehen, die Deutschland und seine pluralistische Gesellschaft im Zusammenwirken mit seinen Nachbarn so sehr braucht. Unser Konzept der De-Briefings und Dialogformate wurde zum Vorbild für die partizipative Demokratie in Europa. Wir sind froh, dass wir mit der Bundesregierung diesen Weg schon seit längerem gehen. Die Zielvereinbarung, die ich mit dem Staatsminister für Europa, Michael Roth, für die Jahre 2015-2017 unterschrieben habe, spricht für die enge Kooperation mit dem Auswärtigen Amt!

Auch unsere EU-Partner lassen neue Möglichkeiten erkennen. Die Europäische Kommission hat Recht, wenn sie groß im Großen und klein im Kleinen handeln möchte. Sie wird beides nur schwer umsetzen können. Vor allem im Großen darf sie oft nicht, siehe Sicherheits- und Flüchtlingspolitik.

Und Obacht, die Kommission darf sich nicht der Rhetorik EU-kritischer Länder anbiehern. Es gab mal Zeiten, das sprach die Kommission von strukturiertem Dialog mit der Zivilgesellschaft. Heute scheint sie sich dessen zu schämen. Zu unrecht.

Der große Streit um TTIP hat gelehrt, dass bloße Information heute nicht mehr ausreicht. Die Menschen wollen beteiligt werden. Je mehr Interessenträger in den Prozess eingebunden sind, desto nachhaltiger können wir zu Lösungen kommen. Ohne Scheuklappen, aber mit einem gesundem demokratischen Misstrauen, beharrlich und konstruktiv.

Natürlich sind gewählte Parlamente die allerwichtigsten Träger unserer repräsentativen Mehrebenendemokratie. Aber wir können unseren Kontinent nur zusammenhalten, wenn deren Gesetzgebung gerecht, im breiten Dialog und transparent erfolgt. Wenn 83% der Gesetzgebung anders verläuft, als dies in Schulen und Universitäten gelehrt wird, dann ist das nicht in Ordnung! Wir haben 2015 besonders klar und nicht zum ersten Mal gefordert, dass das verkürzte Gesetzgebungsverfahren, der Trilog, nicht zum Normalfall werden darf. Wir waren die ersten, die diesen Missstand wiederholt in die Öffentlichkeit gebracht haben und sehen mit Befriedigung, dass die Sensibilität für diese Fragen allmählich wächst. Im Mai erst hat die EU-Ombudsfrau mit einer entsprechenden Untersuchung Druck gemacht. Agendasetting im besten Sinne! Für uns ist Europa kein Selbstzweck. Wir kritisieren konstruktiv, um Europa besser zu machen.

Um Europa besser zu machen, bringen wir starke Kräfte zusammen. So haben wir erst vor zwei Wochen das bemerkenswerte Treffen von 5 deutschen und italienischen Gewerkschaftsbossen mit ermöglicht. Ihre Argumente für ein soziales und wirtschaftlich starkes Europa haben gezeigt, dass bei aller berechtigter Angst vor der Zukunft und bei aller Kritik am Krisenmanagement die Arbeitnehmer zweier großer Industrienationen zu Europa stehen. Wir dürfen nicht nur Reformen einfordern, sondern müssen auch bereits erfolgte Reformen loben. Die mangelnde deutsche Aufmerksamkeit für die weitreichenden Reformen in Italien ist ein weiteres Beispiel für die

Einseitigkeit so mancher Debatte. Wir brauchen Modelle, die Mut machen. Und wir müssen davon reden!

Gleichzeitig arbeiten wir als EBD europäischer denn je! Die Europäische Bewegung International ist unsere Heimat, denn sie hat uns nicht nur 1949 gegründet, sondern bildet die Grundlage unseres europäischen Handelns. Wir setzen große Hoffnungen auf die EMI und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem designierten Generalsekretär Petros Fassoulas, der uns mit europäisch-britisch-griechischen Geist helfen wird, "out of the box" zu denken, wie man jenseits des Channel sagt. Europa neu denken, Europa neu vertrauen - das ist es, was wir jetzt brauchen.

Wir können nicht alles, aber was wir können, machen wir - konsequent europäisch und ohne jemanden zu verlieren!

Wir sind so, wie Europa eigentlich sein sollte: in Vielfalt geeint!

Mein großer Dank gilt allen Mitgliedsorganisationen, institutionellen Partnern, den ehrenamtlichen Unterstützern und dem Team im Generalsekretariat!

Unser Netzwerk EBD hält und stärkt das Handeln derer, die sich darauf verlassen.